

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

13 (16.1.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 12 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Abolagen abgeholt 11 M monatlich. — Einzelheft 50 Pf. — Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 220 M. Die Restamegeite bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde: Vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Weiteres Anziehen der Preisschraube

Erhöhung der Brot- und Mehlpreise ab 16. Februar beschlossen, das Brot wird um 75/100 teurer — Die Verhältnisse werden unerträglich

Wir stellen heute eine Nachricht an die Spitze des Blattes, die der arbeitenden Bevölkerung nichts gutes berichtet. Das Brot soll ab Mitte Februar um 75/100 des jetzigen Preises verteuert werden. Unter dem Druck der Entente mußte die Entente, den Preis des Brotes bis zum nächsten Wirtschaftsjahr beizubehalten, aufgegeben werden. Man hatte für das Rechnungsjahr 1921/22 insgesamt 3,27 Milliarden zur Verfügung des Brotes bereitgestellt, also einen erheblich geringeren Betrag als im vorangegangenen Jahre, wo noch 9-10 Milliarden für diesen Zweck ausgemessen wurden. Der starke Sturz der Mark hat jedoch zur Folge, daß die Lebensmittelpreise des Reiches ganz bedeutend erhöht werden mußten, sollte der jetzige Brotpreis aufrecht erhalten werden. Wenn der Dollar auf seinen jetzigen verhältnismäßig noch günstigen Stand von rund 180 stehen bleibt, so würden insgesamt zum Zweck der Lebensmittelerbilligung bis zum Schluß des Wirtschaftsjahres 10,25 Milliarden Mark benötigt werden. Nun stellt die Entente, wie aus den bisherigen Verhandlungen in London und Genua bereits deutlich hervorgeht, als Bedingung für ihren Zahlungsaufschub, den Abbau der Lebensmittelpreise. Würde die Reichsregierung demgegenüber ihre Zusätze zur Brotverbilligung noch erhöhen, so besteht die Gefahr, daß die Entente dagegen wiederum Einspruch erhebt, zudem könnten die weiteren Verhandlungen in der Reparationsfrage dadurch ungünstig beeinflusst werden. Aus diesen Gründen hat sich das Reichskabinett entschlossen, den Abgabepreis der Stützgetreide für Weizen und Getreide vom 16. Februar ab um 75 Proz. zu erhöhen. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß auch der Brotpreis sich um dreißig bis vierzig Prozent erhöhen wird.

Die Erhöhung des Brotpreises durch angemessene Lohnveränderungen auszugleichen.

Offiziell wird darüber folgende Meldung ausgegeben:

WTB, Berlin, 15. Jan. Bei der letzten Festsetzung des Brotpreises bestand bei der Reichsregierung die Absicht, den Preis möglichst bis zum Ablauf des Wirtschaftsjahres beizubehalten. Die Durchführung dieser Absicht erwies sich als unmöglich, und zwar in der Hauptsache aus zwei Gründen: 1. infolge des ständigen Druckes der Entente auf Abbau der Lebensmittelpreise, und 2. infolge der seit der letzten Festsetzung eingetretenen außerordentlichen Verschlechterung der Wälua. Die Gesamtausgaben für das Auslandsgetreide werden sich voraussichtlich so stellen, daß bei Beibehaltung der bisherigen ermäßigten Preise und der Berücksichtigung der Verluste etwa 10,25 Milliarden Mark für das ganze, am 13. August 1922 ablaufende Wirtschaftsjahr aufzuwenden sein würden, sodaß außer der bereits bewilligten 3,27 Milliarden Mark sich weitere 13,15 Milliarden Mark erforderlich würden. Bei Berechnung dieser Summe ist das bereits gekaufte Auslandsgetreide mit dem tatsächlichen Marktpreis, der nach zu beschaffende Mark auf der Grundlage der voranschreitenden letzten Marktpreise und des derzeitigen durchschnittlichen Dollarkurses eingerechnet worden. Aus diesen Gründen hat sich die Reichsregierung genötigt gesehen, dem Bekannten einer Erhöhung der Weizen- und Brotpreise näher zu treten. Das Reichskabinett hat beschlossen, die Abgabepreise der Stützgetreide für Weizen und Getreide mit Wirkung vom 16. Februar 1922 ab zu erhöhen. Diese Erhöhung wird eine Steigerung des Brotpreises zur Folge haben, die nach den am besten durchschätzlichen Berechnungen auf etwa 75/100 des jetzigen Preises zu veranschlagen ist, wobei sich aber nach den örtlichen Verhältnissen in den einzelnen Kommunalverbänden Abweichungen nach oben oder unten ergeben können. Bei der Durchschnittsberechnung ist die voraussichtliche Erhöhung der Marktpreise nach Maßgabe der bereits veröffentlichten Preise der Weizen- und Brotpreise berechnet worden. Die Erhöhung der Weizen- und Brotpreise bedeutet zweifellos eine schwere und sehr bedauerliche Belastung der Lebenshaltung der Bevölkerung. Angesichts der Beschaffenheit der politischen und finanziellen Verhältnisse ist sie aber nicht zu vermeiden.

Brauchen wir Angst vor Poincaré zu haben?

Die Bildung eines neuen französischen Kabinetts durch Poincaré wird vom „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ weniger sorgfältig beurteilt, als es sonst allgemein geschieht. Wir wollen unsern Lesern auch diese Betrachtung der neuen Situation nicht vorenthalten, wobei wir hoffen, daß der in den nachstehenden Ausführungen enthaltene Optimismus sich erfüllen möge. Der „S. P.“ schreibt:

„Was kann der Mann uns eigentlich tun?“ Die Antwort auf diese Frage lautet: Wenn wir eine vernünftige Politik treiben, d. h. wenn wir in der Hauptsache in den Bahnen der bisher betriebenen bleiben, dann kann er uns überhaupt nichts tun. Wenn Deutschland bereit und entschlossen ist, jede Zahlung zu leisten, die es leisten kann, ohne seine Volkswirtschaft zu zerstören, und damit seine weitere Zahlungsfähigkeit in Frage zu stellen, dann kann es auf alles weitere die Philosophie des Steinlopfers aus Angenrühers „Kreuzschreiber“ anwenden: „Es kann dir nur a'schehn!“ Wer ins Wasser gefallen ist, braucht den Regen nicht mehr zu fürchten. Wir sind auf dem Londoner Papier der Entente 132 Milliarden Goldmark schuldig. Herrn Poincaré wird es nicht gelingen, diesen Betrag zu erhöhen. Wie sollen nach dem Londoner Finanzdiktat jährlich 3 1/2 Milliarden Goldmark in Geld und Waren zunächst und später mehr bezahlen. Wir werden von dieser phantastischen Summe soviel bezahlen, wie wir bezahlen können. Daß wir nicht alles bezahlen können, das weiß heute alle Welt, und alle Welt hält jeden, der etwas anderes behauptet, für einen Schwindler.

Schulden haben wir nicht an Frankreich, sondern an die Entente, von der Frankreich seinen Anteil zu fordern hat. Frankreich hat an uns Rechte nur als Mitglied einer Gemeinschaft von Gläubigern. Es hat keine Gläubiger- und erst recht keine Vorkreditorrechte gegen uns von Staat zu Staat. Ob wir unsere Pflichten bis zur Grenze des Möglichen erfüllen, oder ob wir hinter dieser Grenze zurückgeblieben sind und Zwangsmaßnahmen ausgesetzt sein sollen, das hat nicht Frankreich, sondern die Reparationskommission zu bestimmen, in der sich Frankreich nach Briands letzter Kammererklärung augenblicklich in der Minderheit befindet. Erst wenn die Reparationskommission uns für schuldig erklärt und Maßregeln gegen uns vorgeschlagen hat, kann der Oberste Rat über diese Maßregeln beschließen, und in ihm sind die Kräfte ebenso verteilt wie in der Reparationskommission. Auf lästige Kontrollmaßregeln werden wir uns freilich gefaßt machen müssen. Die waren schon in London zwischen Briand und Lloyd George beschlossen. Der Regierungswechsel in Frankreich kann in dieser Beziehung höchstens zu Verzögerungen führen, die wir nicht zu bedauern brauchen, möglicherweise auch zu Veränderungen, die — man stamme nicht! — unter Umständen gewisse Erleichterungen in sich schließen könnten. Denn die Forderungen der Londoner Abrede zur Verteuerung der deutschen Lebenshaltung — und Produktionskosten — entbrangen englischen und nicht den in diesem Falle entgegengesetzten französischen Interessen. Was vielleicht einmal zwischen dem Frankreich Poincarés und England verabredet werden könnte, wird schwerlich für uns härter sein als was zwischen Lloyd George und Briand geplant worden ist.

Für uns hat es nicht erst dieses Regierungswechsels bedurft, um uns erkennen zu lassen, daß die Zeiten für uns sehr ernst sind. Warum sie jetzt für uns ernst geworden sein sollen, ist nicht ohne weiteres einzusehen. Man müßte denn annehmen, Poincaré würde die große Zorheit begehen, auf eigene Faust Gewaltmaßregeln gegen Deutschland zu unternehmen. Daß er das tun wird, ist wenig wahrscheinlich. Täte er es, so würde schlimmstenfalls eine weitere Reihe deutscher Städte französische Belagerung erhalten, was allerdings eine Infamie, ein flagranter Vertragsbruch, eine, das Verhältnis der beiden Völker noch weiter vergiftende Sinnlosigkeit wäre, aber in seinen Folgen für Frankreich vielleicht doch noch schlimmer wäre, wie für Deutschland. Denn Europa, vor allem England, wird sich einen solchen Akt französischer Eigenmächtigkeit nicht gefallen lassen, er bedeutet für Frankreich Zolle rung und Konflikt mit aller Welt.

Herr Poincaré ist freilich bis zu einem gewissen Grade ein Knecht seiner eigenen, löblichen Verheißungen. Aber er hat immerhin die schöne Ausrede, daß er nach einem Jahre der Regierung Briand allzu schwierige, politische Verhältnisse geerbt habe, und er wird nicht verfehlen, sich ihrer zum Schutz zu bedienen bei all den Enttäuschungen, die seine Politik seinen Anhängern bringen muß.

Und noch mit einer anderen Tatsache muß gerechnet werden: Wenn Frankreich gegen Deutschland stark sein will, muß es sich mit England vertragen, d. h. es muß das ertragen, was die Geener Briands die Abhängigkeit von England nennen. Will Frankreich von England unabhängiger werden, so muß es versuchen, zu einer eigenen Verständigung mit Deutschland zu kommen. Dieses Letztere schließt aber jede Gewaltpolitik

Das Kabinett Poincaré

WTB, Paris, 16. Jan. Das Kabinett ist endgültig gebildet. Es setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitz und Auswärtiges: Poincaré, Staatspräsident, Justiz und Gefeß-Verbindungen: Barthou, Inneres: Mauarsh, Krieg und Pensionen: Maglinaud, Finanzen: De la Serre, Öffentliche Arbeiten: Le Troquer, Landwirtschaft und Forsten: Berard, Befreiete Gebiete: Riechel, Arbeiten: Apeyron, Gesundheit und Versicherungswesen: Dior, Post- und Telegraphenwesen: Lafont, Handel und Marine: Bidat, sowie fünf Staatssekretäre unter Präsidentschaft von Gelrat.

WTB, Paris, 16. Jan. Das Kabinett Poincaré, das gestern gebildet worden ist, läßt in seiner Ministerliste zwei Namen vermissen, einmal den Namen Loucheur und dann denjenigen Tardieu. Das deutet natürlich darauf hin, daß auf die bisherige Politik in der Reparationsfrage verzichtet werden soll. Loucheur ist gar nicht gefragt worden, ob er in das Kabinett eintreten wolle und Tardieu hat das Angebot abgelehnt. Im Verlaufe kann von dem Kabinett gesagt werden, daß ihm fast alle Parteien angehören.

Rückkehr der deutschen Delegation

WTB, Berlin, 14. Jan. Die deutsche Delegation ist gestern wieder aus Paris in Berlin eingetroffen. Nach dem hier fort in die Wilhelmstraße bezogen, wo er eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler hatte. Im Anschluß daran fanden Besprechungen mit den einzelnen Ressortministern statt, die bis in die späten Nachstunden andauerten.

Lloyd George in Paris

WTB, Paris, 14. Jan. Sämtliche Delegationen haben Gannés gestern verlassen. Lloyd George hat sofort nach Eintreffen der Nachricht von der Bildung des Kabinetts Poincaré beschlossen, nach Paris zu reisen, um sowohl mit Poincaré als auch mit dem Präsidenten der Republik, Millerand, eine Unterredung zu führen. Er hat gestern abend um 5 Uhr im Extrazug Gannés verlassen.

Uebergabe der Einladung nach Genua
WTB, Paris, 14. Jan. Der deutschen Delegation in Genua wurde gestern die Einladung für die Konferenz in Genua übergeben. Dr. Rathenau nahm die Einladung im Namen der deutschen Regierung an.

Kiautschau chinesisch

WTB, Washington, 15. Jan. Japan hat der Unterstellung Kiautschaus unter chinesische Verwaltung zugehimmelt.

Der englisch-franz. Garantievertrag

WTB, Paris, 15. Jan. Das französische Außenministerium veröffentlicht jetzt den Text des Entwurfs zum englisch-französischen Vertrag, der aus fünf Artikeln besteht. Im ersten Artikel sichert England Frankreich seine maritime und militärische Unterstützung für den Fall zu, daß es von Deutschland unprovoked angegriffen wird. Im zweiten Artikel wird gesagt, daß in Frage. Es wird Aufgabe der Gewerkschaften und Organisations der Arbeiter für beide

Parteien von maßgebendem Interesse sind und daß bei drohender Verletzung dieser Artikel der sich ergebenden Zweifeln hinsichtlich der Auslegung gemeinsam beraten werden soll. Im Artikel 3 verpflichten sich die beiden Parteien, sich zu beraten, falls Deutschland militärische oder maritime Maßnahmen trifft, die mit dem Versailles Vertrag unvereinbar sind. Der Art. 4 betont, daß der Vertrag die englischen Dominions nicht verpflichtet. Der Art. 5 endlich setzt die Gültigkeitsdauer des Vertrags auf 10 Jahre fest, nach deren Ablauf er erneuert werden kann.

Auslieferung der deutschen Kriegsschuldigen?

WTB, Paris, 14. Jan. Die Savoy mittels, hat der vom Obersten Rat eingeleitete Ausschuss zur Begutachtung der Artikel des Reichsgerichts Leipzig in den Kriegsschuldigenprozessen einmütig beschlossen, dem Obersten Rat eine Resolution zu unterbreiten, daß der Ausschuss der Auffassung sei, daß kein brauchbares Ergebnis zustande komme, wenn man dem Reichsgericht weitere Fälle unterbreite. Der Ausschuss sei infolgedessen einmütig der Ansicht, daß hinsichtlich die deutsche Regierung die Angehörigen den alliierten Mächten zur Beurteilung auszuliefern habe.

Die Mächte sprechen einstimmig die Hoffnung aus, daß der Oberste Rat mit Rücksicht auf den Weltfrieden dem Beschluß der Pariser Sachverständigenkommission über die Auslieferung der deutschen Kriegsschuldigen nicht zustimmen wird. Sie meinen, daß die innerpolitische Unmöglichkeit zur Ausführung des Beschlusses auch heute noch besteht. Der „Vorwärts“ schreibt: So gleichgültig uns diese Leute sind, so wichtig ist uns das Schicksal der deutschen Republik. Es gibt kein besseres Mittel, sie in Aufruhr zu versetzen und ihre Feinde zu stärken, als die weitere Verfolgung des Sühnegedankens. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Die Auslieferung muß jeden Gedanken an einen gemeinsamen Wiederaufbau Europas im Keime erlöten.

Die Reichsregierung lehnt die Erhöhung der Grundgehälter ab

WTB, Berlin, 14. Jan. Gestern fanden im Reichsfinanzministerium zwischen der Regierung und den Beauftragten der Beamten-Eigenorganisationen Verhandlungen über die Einkommensverbesserung der Beamten statt. Von der Regierung wurde die Erhöhung der Grundgehälter der Beamten abgelehnt und vorgeschlagen, in die Beratungen über eine Erhöhung der Teuerungszulagen einzutreten. Die Vorschläge der Regierung sind von den Beamtenorganisationen abgelehnt worden. Das Angebot sei schon deshalb unannehmbar, weil die Beamten der Gruppen 2 und 3 dadurch schlechter gestellt würden, als die ungelerten Arbeiter und die Regelung nur eine wesentliche Erhöhung der Bezüge der höheren Beamten, nicht aber der mittleren und unteren Beamten darstelle. Die Organisationen werden heute zu den Vorschlägen der Regierung Stellung nehmen. (Weitere Telegramme siehe Letzte Nachrichten.)

gegen Deutschland aus. Es gibt, real gesehen, für Frankreich nur zwei Wege. Die erste Gruppe des einen heißt „Londoner Abkommen zwischen Briand und Lloyd George“. Die zweite Gruppe des andern heißt — Wiesbadener Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur. Herr Poincaré wird einen der beiden Wege oder diese beiden gehen müssen. Wir empfinden also vor Herrn Poincaré keine Furcht. Furcht brauchen wir nur vor den Dummheiten zu haben, die wir selber, nicht aber vor jenen, die vielleicht andere begehren könnten. Eine Dummheit wäre es, übermäßig zu werden und auf den Konflikt zwischen England und Frankreich zu spekulieren. Wenn wir in den Wahlen unserer bisherigen Politik bleiben und womöglich unsere Beweise des guten Willens noch verstärken, brauchen wir uns keine Sorge darum zu machen, ob nun Herr Poincaré oder sonst wer Ministerpräsident von Frankreich ist.

Der Zusammentritt des Reichstags

Der Reichstag wird trotz des Abbruchs der Konferenz in Cannes am 19. Januar eine Session von längerer Dauer eröffnen, zu deren Beginn hochpolitische Auseinandersetzungen über das vorläufige Ergebnis der internationalen Konferenzen in die Gestaltung der Finanzen des Reiches schon vor Beginn der Tagung in den Vordergrund treten werden. Die Tagesordnung der Konferenz hat als Hauptgegenstand die Beratung der Interpellation über die Finanznot der Gemeinden und soll daneben kleine Gelegenheitsreden über die Entscheidung der zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen berufenen Vertrauensmänner, ferner über Errichtung einer Reichsaufsichtsbehörde für Unfallversicherungen und schließlich mit den über die Heranziehung der Frauen zu Schöffen und Geschworenen erledigen. Eine Ergänzung der Tagesordnung hat sich der Präsident des Reichstags deshalb vorbehalten.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags, der für die Volksvertretung endlich eine der neuen Verfassung angelegte Geschäftsordnung ausarbeitet, tritt am 16. Januar zusammen und will ebenfalls seinen Entwurf während der diesmaligen Tagung zu Ende beraten.

Der französisch-englische Garantievertrag gegen Deutschland

Der Entwurf des vorgesehenen französisch-englischen Garantievertrages wurde veröffentlicht. Er hat folgenden Wortlaut:

Angesichts der Tatsache, daß Frankreich innerhalb eines Menschenalters zweimal von Deutschland bestritten wurde, und daß Frankreich noch schwer unter den Verwundungen leidet, die auf den Feind zurückzuführen sind, daß französische und englische Völker einen schrecklichen Tribut an Menschleben und Gesundheit zahlten, um den Einfall des deutschen Heeres zurückzuweisen, daß die Wohlfahrt der europäischen Völker und der wirtschaftlichen Aufschwung durch den jahrelangen Krieg erschüttert wurden, sowie endlich weil Sicherheitsbürgschaften Frankreich gegen einen zukünftigen Einfall Deutschlands unerlässlich sind, für die Wiederherstellung eines geeinigten Europas, für die Sicherheit Großbritanniens und des Weltfriedens, und da die in den Artikeln 42, 43 und 44 des Friedensvertrages von Versailles enthaltenen Sicherheitsmaßnahmen nicht genügen zur Sicherung der weitestgehenden gemeinsamen Interessen der hohen Vertragschließenden, so wie zur Aufrechterhaltung des Friedens in Westeuropa, haben der König von England und der Präsident der französischen Republik folgende Abmachungen getroffen:

Artikel 1: Im Falle eines direkten, nicht herausgeforderten Angriffs gegen das Gebiet von Frankreich durch Deutschland wird sich Großbritannien sofort mit allen seinen Streitkräften zu Wasser und zu Lande und in der Luft an die Seite Frankreichs stellen.

Artikel 2: Die hohen Vertragschließenden bestätigen aufs neue das gemeinsame Interesse, das die Artikel 42, 43 und 44 des Friedensvertrages von Versailles für sie haben, und sie werden sich gegenseitig verständigen, wenn eine Verletzung der betr. Artikel droht, oder wenn ein Zweifel über ihre Auslegung entsteht.

Effebard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel (Fortsetzung.)

Seine Worte waren groß und fest, und er wunderte sich, daß sie ihm so entrindeten, denn es war schier leberlich und er hatte in seinem Girdenbinder fast Gleichnis gelesen. Aber den Sonnen war's recht und den Bergen auch und niemand tat Einsprache.

Des Mittags kam Benedicte, das Hirtenkind: ein silbernes Kettlein schmückte das Sonntagsmieder, das wie ein Kranz die Brust umschloß. Sie brachte einen sauberen eschensoligen Milchfidel, drauf war in kunstlosen Linien eine Kuh gezeichnet. Den schickte Euch der Vater, sagte sie, darum, daß Ihr so außerordentlich gepredigt und von den Bergen Gutes gesprochen — und wenn Euch einer was Leides tun will, sollt Ihr wissen, wo die Ebenalp steht.

Sie warf eilige Handvoll Haselnüsse aus ihrer Schürztasche in das Milchgefäß; die hab' ich für Euch gepflückt, sagte sie, und ich weiß noch mehr, wenn sie Euch schmecken.

Bevor sich Effebard bedanken konnte, war sie in der Höhlen-tiefe verschwunden.

Schwarzbraun sind die Haselnüsse Und schwarzbraun bin auch ich, Und wenn mich einer lieben will, So muß er sein wie ich.

Wäre verflungen ihr schalkhafter Gesang durch die Klause. Effebard lächelte wehmütig.

Aber ganz war der Sturm in seinem Herzen noch nicht geschwächt; es hallte und tönte in ihm nach wie der Donner des Abendgewitters, der an fernem Bergwand zu neuem Dröhnen sich aufzusammelte.

Eine riesige Felsplatte war bei der Höhle niedergestürzt, schmelzendes Schneewasser hatte sie im Frühling losgeragt, sie sah aus wie die Rede eines Gramals. Dort sah er oft, er nannte sie stillschweigend das Grab seiner Liebe; oft kam's ihm vor, als ruhe die Herzogin und er selber in kühlen Schlaf der Tolen darunter, und er sah drauf und schaute über die tannumsäumten grünen Hüden nach dem Bodensee hinüber und träumte. Es war ihm nicht gut, daß er den See von seiner Klause erschauen konnte, wunde Nüchternung durchschmerzte sein Inneres. Oft wollt' er gornig aufbrausen, oft bog er sich

Artikel 3: Die hohen Vertragschließenden Parteien verpflichten sich anerkennend, sich gegenseitig zu unterstützen im Falle militärischer Maßnahmen irgend welcher Art, die mit dem Vertrag von Versailles unvereinbar sind und von Deutschland ergriffen werden.

Artikel 4: Dieser Vertrag bildet keine Verpflichtung für irgend ein Dominion des Britischen Reiches, es sei denn daß das Dominion ihm bewilligt habe.

Artikel 5: Der gegenwärtige Vertrag wird für die Dauer von 10 Jahren in Kraft bleiben und nach Ablauf dieser Zeit durch ein gemeinsames Abkommen erneuert werden.

Die deutschen U-Bootverluste im Weltkrieg

Heute erst, reichlich drei Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten, ermöglicht die statistische Arbeit der Behörden einen Ueberblick über die Verluste, die wir in der U-Bootsflotte zu verzeichnen hatten. Nicht weniger als 199 deutsche U-Boote gingen im Laufe des Weltkrieges verloren. Von ihnen ruhen 31 auf dem Grunde der Nordsee. 56 Opfer forderte der Englische Kanal, der besonders der U-Bootsflotte Flantern zum Grabe wurde. 12 weitere Boote gingen in den Ozeanen verloren, jenem Eingang zum Kanal unter der englischen Küste. Rund um England in englischen Hoheitsgewässern unterlagen 43 Boote.

Das Mittelmeer sah 17 Boote sinken, das Schwarze Meer 4, das Rotes Meer und der Atlantische Ozean je 2, die Ostsee 3. In den Küsten des Bannarats liegt ein Boot, an der französischen Nordküste 2, an der holländischen 3, an der von Flantern 2.

Internier und später teils entlassen, teils gesperrt und verkauft wurden an Spanien 5 und in Holland 2 Boote. Gesprengt wurden, weil der Wasserstand des Ostseerzies dies zu gebot, in Pola 7, in Cattaro, Ruine und Triest je 1 Boot. In Flantern wurden 4 Boote gesprengt, die man bei Rückzug nicht mehr bergen konnte, weil sie nicht fahrtauglich waren.

Diese 199 Unterseeboote nahmen 370 Seefahrer mit in die Tiefe. Ein Teil der U-Boote kamen hierzu: 144 Ingenieure, 2 Ärzte und 1 Torpedoleutnant. Untergeoffiziere und Mannschaften sind rund 5000 auf U-Booten untergegangen oder geflossen.

In diesem Zusammenhang seien auch die Verluste erwähnt, die die deutsche Marine in einer anderen Spezialflotte erlitten hat. Die Marine verlor während des Krieges 30 Luftschiffe, 8 davon gingen über England unter, 5 über Frankreich, 5 über der Nordsee, 5 über neutralen Küsten, 3 Schiffe wurden im Ostseegebiet das Opfer des Feindes, 1 im Mittelmeer und drei wurden in Deutschland in der Halle zerstört. Die Luftschiffe brachten 36 Offizieren den Tod, dazu etwa 600 Mannschaften.

Das große Opfer der Landwirtschaft

Es gab einmal eine Zeit, in der von großen Opfern der Deutschen in Deutschland gesprochen wurde, um die Reparationslasten solange tragen zu können, bis die Sieger eingezogen hätten, daß sie unter den erprechten Leistungen noch mehr leisteten, als die Besiegten. Die Landwirtschaft hat sich in der Frage der Reparations zu großem Verdienst gemacht, sie hat die Reparationslasten der Landwirtschaft endlich mit der Erläuterung herausgerückt, daß eine direkte Kreditlinie von ihrer Seite nicht in Frage käme, weil sie keine fremden Devisen einnehmen. Die Begründung ist etwas unverständlich, da es sich ja nur darum handelte, Schwärze der Reparationslasten zu teilen, auf die hin Deutschland fremde Devisen, Goldwerte geortet bekommen sollte. Aber ebenfalls wollte die Landwirtschaft nichts hergeben.

Statt dessen hat der Reichsanwalt einen Plan ausgearbeitet, der jetzt in einem großen Ausmaß dem deutschen Volke als die Hilfe der Landwirtschaft angepöbeln wird.

Ernährung des deutschen Volkes auf deutscher Scholle muß unter Weltwirtschaftsziel sein. Nicht der größte Verdienst, sondern die höchste Leistung muß das Ziel des deutschen Landwirtschaft sein. Aber Landwirt, der ein Stück deutsches Ackerland sein eigen nennt, oder dem es zur Verbeugung übergeben ist, muß sich der höchsten Pflicht bewußt sein, alles daran zu setzen, die Ernährung des deutschen Volkes auf deutscher Scholle durch seine Arbeit zu sichern und sicherzustellen.

Derzeitigen trefflichen Sätze wertvoller moralischer Ermahnungen finden sich in dem Aufsatze eine große Menge. Aber was soll praktisch dabei herauskommen? Acker- und Gärtnerei sollen kultiviert werden. Gewiß! Aber das heißt seit der Revolution im Programm jeder Regierung und jeder Partei. Jeder Landwirt soll gewissenhaft prüfen, ob sich sein Boden nicht intensiver bewirtschaften und zu

höheren Leistungen und Ergebnissen ausnutzen läßt. Ganz richtig! Aber wiederum nur ein Ziel und kein Weg.

Deutschlands Schicksal hängt in der Tat zu einem erheblichen Teile davon ab, daß es gelingt, die Produktivität der Landwirtschaft zu erhöhen und von der oberflächlichen Bearbeitung des Bodens wieder zu einer intensiven Wirtschaft zurückzuführen. Aber was hat diese bisher geändert? Nicht Mangel an Kapital, denn die Landwirtschaft schämmt sich noch mehr als die Industrie im Gelde. Sondern einzig und allein der Umstand, daß die Landwirte schon bei extensiver Wirtschaft Missergebnisse erzielen konnten und das Risiko nicht laufen wollten, das A. D. mit der starken Verengung des jetzt sehr teuren künstlichen Düngers verbunden ist. Wirkliche Hilfe hätte nur festliches Eintreten bieten können. Der Staat mußte ihn in größtem Umfange der Landwirtschaft auf Kredit zur Verfügung stellen, was zur Erzielung einer guten Ernte erforderlich ist; er mußte danach Bezahlung fordern entsprechend dem Gesamtanfall der Ernte in der Weise, daß die höchste Produktivität pro Flächeneinheit und demgemäß verhältnismäßig geringer belastet war, als wenn aus gleich gutem Boden weniger herausgewirtschaftet wurde. Statt dessen haben wir nach immer Grundbesitzer, die umso geringer sind, je weniger der Landwirt aus seiner Scholle herausgewirtschaftet, und der Reichsbund hält an dieser geradezu wahnwitzigen Steuerordnung eifern fest, weil sie den Grundbesitz bevorzugt.

Nicht fordert die Landwirtschaft Steuererleichterung und Befreiung der Reste der Zwangsverpflichtung. Dann will der Reichsanwalt die Vermehrung der Produktion organisieren. Der dadurch erhöhte Gewinn und die dadurch erzielte Bodenpreissteigerung soll den Landwirten natürlich zu gute kommen. Letzten Endes läuft die ganze Idee auf neue Liebesgaben an die Landwirtschaft hinaus, auf eine Verwertung des bebauten Landes mit Hilfe der Allgemeinheit und zu Gunsten der einzelnen gegenwärtigen Besitzer. Zugleich soll der organisatorische Zusammenhalt der Landwirte auf diese Weise künstlich erzwingen werden und ihre Kraft im Staate wesentlich steigern. Man kann diesen Plänen des Reichsanwaltes nur mit dem äußersten Mißtrauen gegenübersehen. Aber freilich hat auch hier der Staat die Zeit verfaßt, zu der er mit besserem Erfolg das Nötigende hätte veranlassen können. Aus den Unterstellungen der Staatswirtschaft zieht das Kapital seine neuen Ansprüche und seine wachsende Macht.

Zur Neuordnung der Bezüge der Beamten, Angestellten u. Arbeiter der Staatsbetriebe

Zu dem Verhandlungsergebnis über die Neuordnung der Gehälter, bzw. Löhne der Beamten, Angestellten und Staatsarbeiter, wird uns von gewerkschaftlicher Seite noch folgendes mitgeteilt:

Die Arbeiter, soweit sie unter die abgeschlossenen Reichs-Lohnverträge fallen, erhalten eine Aufseherung ihres Stundenlohnes in einer Höhe, die hinter dem zurückbleibt, was sie erwartet haben. Nicht besser ergeht es den Beamten, die ebenfalls, soweit es sich um die Höhe der Gehaltszulage handelt, nicht befriedigt sein dürfen. Es kann hier darauf berichtet werden, zum so und so vielen Male aufzusagen, daß das Existenzminimum für die unteren Gruppen durch keine der bisherigen Einkommensregelungen gesichert wird. Wichtig ist, daß für die Beamten eine Konzeption prinzipieller Natur gemacht wurde, die durchaus im Sinne der von den Gewerkschaften seit langer Zeit erhobenen Forderungen liegt. Neben dem gleichmäßigen, prozentualen Teuerungszufschlag, der durch seine ungerichteten Auswirkungen so oft große Mißbilligung in den Beamtenkreisen hervorruft, kommt ein neuer Bestandteil des Gehältes hinzu, der jedem Beamten ohne Unterschied einenenden Jahresbeitrag zur Verfügung stellt. Dadurch, daß der Steuerbeitrag von diesem gleichmäßigen Beitrag bei den höheren Gruppen bedeutend mehr wegnimmt, als bei den unteren, wird sozial ausgeglichen gewirkt. Der jetzt gemachte Anfang muß zu einem gut ausgebauten System führen, wodurch dann die Sicherung des Existenzminimums tatsächlich erreicht werden kann. Was also der jetzt zu Ende geführten Bewegung die große Bedeutung gibt, ist nicht der Wert der ausgeschütteten Milliardenbeträge, sondern die Tatsache, daß endlich ein Anfang zum Aufbau eines neuen Lohnvertragsystems gemacht wurde. Auch für die Arbeiter ist die allgemeine Stundenlohnzulage nur der erste Schritt zu den notwendigen Lohnverfestigungen. Die bis jetzt in verschiedenen teureren Orten gehaltenen Übervertragszuschüsse sollen eine gründliche Nachprüfung in dem Sinne erfahren, daß die Lebenshaltung der höheren Löhnen der Privatindustrie angepaßt werden, was zur Voraussetzung hat, daß zu den jetzt in Betracht kommenden Orten noch eine weitere große Zahl hinzukommt. Darüber, daß die Neuordnung der Bezüge eine organische Verbindung der Arbeiter, Angestellten und Beamten herstellt, besteht kein Zweifel. Deshalb bringt die Neuordnung der Be-

die talab in unzähligen Reihen standen: Er ist! rief die Wölfe, greift den Fiedler und die Tannen wurden lauter Wölfe, laufend und aberlaufend, und wurden lebendig und zogen nimmend aus und begannen die Abhänge des Wildbaches zu ersteigen, palmend und rutenstängelnd — da sprach Effebard schauernd auf und griff seinen Speer — ist wahr, als wenn Jerschier aus der Höhlenweite herbeikam: hinaus aus den Alpen! rief er hinter ihm — alle Adern fiebernd, da rannte er fort über den schmalen Steig an den brandenden Felsüberhängen hinaus in die Nacht wie ein Verzweifelter. Nach stand die zweite Wölfe beim Mond: Ich kann dir nicht helfen, sprach sie mit Vrazedis' Stimme, ich weiß den Weg nicht...

Er rannte bergab, das Leben war ihm eine Qual, und doch lastete er an abgründigen Boden und stemmte den Speer ein, um nicht hinabzufallen und den herankletternden Spulgefalten in die Hände zu fallen.

Der nächtliche Rausch den Söhntenhiel hinab war ein Rinderpiel gegen dieses Klümmen; aber schwindelnden Abgrund, der Gefahr unmissend, kam er zur Tief. Die Ziegen stützten dort in zerfahrettem Falle zu Tale, wenn sie die Augen von Gras und Berggang weg zur haltsbrechenden Schlucht wendeten.

Nicht stand er unten; da lag geheimnisvoll lodend der grüne Scalpsee, vom Mondlicht ungestört. Von den verfallenen Stämmen am Ufer ging ein gespenstiges Schein. Es ward trüb vor Effebards Blick. Nimm du mich auf! rief er, mein Herz will Ruhe!

Er rannte hinein in die stille glatte Flut, — aber der Boden wich nicht unter ihm, wühlend lübelnd drang ihm des Bergeses Trishe durch Mraz und Wein.

Schon stand er bis an die Brust im Wasser, da bemerkte er seinen Schritt. Vier schaute er auf, die weißen Wolken waren verschwunden, vom Mond in Düst' gerührt, krausig prächtig funkelte Stern an Stern ihm zu Häupten.

In klaren abendlicher Ruhe schauete die Magdalen ihren bis zur Hüften Höhe graumachenden Hübel mundaufwärts; ihr zur Rechten ruhte und ernt' das durchdrachte Haupt des alten Mann, zur Rechten aus gedoppeltem Eisfeld sich emporstreckend die neue Pyramide des Sinitis, Boden und Felsbänke ringsum wie furchtbare Schreden der Nacht. Da kniete Effebard auf den Steinboden des Ses, daß ihm die Flut über dem Haupt zusammenfloss, dann tauchte er wieder auf und stand unbehaglich, die Arme hoch erhoben wie ein Sieger.

(Fortsetzung folgt.)

Monarchische Propaganda in der Schule

Aus einem Karlsruher Lesebuch

(Schluß)

Besten ist in beigem Buch zu lesen: Seite 55. Fabeltas. Im Jahre 1848 brach in Baden ein Aufstand gegen die Regierung aus. Um die Großherzogliche Familie und die Stadt zu schützen, wurden auch in dieser Zeit der Rot wieder Karlsruher Bürger bewaffnet und als Wachen ausgehellt. Dem Adeligen bis zum Arbeiter erfüllten alle diese Bürgerpflicht. Es gelang auch diesmal, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Aber im folgenden Jahre kam es schlimmer. Im Mai brach unter den Soldaten eine Meuterei aus. In der Nacht hatten die Verteidiger des Zeughauses erfahren, daß der Großherzog mit wenigen Getreuen Karlsruhe verlassen hätte. Die Wachen hielten aber aus, bis sie ihren Fürsten in Sicherheit wußten. Nun konnten auch sie die Stadt nicht länger halten und übergeben sie den Aufständischen. Die Freischärler mit ihren großen Schlapphüten zogen nun ein und regierten, bis sie von preussischen Truppen vertrieben wurden. Großherzog Leopold kehrte in seine Hauptstadt zurück. Er sollte der Bürgerwehr für ihre handschneidende Tapferkeit dankbar anerkennen. Und sie verdiente diese Ehrung; denn sie hatte die schönste deutsche Tugend geübt und den Wahlspruch in ihrem Stadtmappen befolgt, der da heißt: Fideles, zu deutsch Treue.

Seite 70. Großherzog Friedrich I. und die Karlsruher Schuljugend. I. Die Vuben. In den Tagen des großen Krieges hat die Bevölkerung auch die Karlsruher Schuljugend ergriffen. Kaum war die Schule zu Ende, so eilten die Knaben dem Sportplatz zu, um dort Krieg zu spielen. Mit großem Eifer und viel Geschrei wurde Kriegsspiel gehalten. Der lange, blonde Hans mit seinem großen Säbel und hohen Helm wurde Hauptmann der Deutschen, der kleine schwarzhäutige Max mußte Kaiser Napoleon sein und die Franzosen anführen. Jetzt wurden die beiden Abteilungen gebildet, und die Schlacht begann. Jedemal endete sie damit, daß die Franzosen gefangen genommen oder durch unarmherzige Schläge und Prüffe in die Flucht getrieben wurden.

Da geschah es eines Tages, als gerade der Kampf am heftigsten tobte, daß ein Softwagen nahte. Der lange Hans, der auf einem Pflöcklein stand und das Geschick leitete, bemerkte ihn zuerst und erkannte sofort, daß der Großherzog selbst drinnen saß. „Halt!“ rief er, so laut er konnte, und der Kampf stockte. Durch schnelle Befehle ordnete Hans die Knaben in eine gerade Reihe. Kaum war das geschehen, so fuhr auch schon der Wagen vor „Präsentiert das Gewehr!“ rief er alle stamm, Hans mit schneidender Stimme. Da standen sie alle stamm, die langen und kurzen, die dicken und dünnen und Breden vor ihre Gewehre und Säbel, ihre Spieße und Steden vor und schauten ernst zu ihrem Fürsten hinüber. Dieser betrachtete freundlich die bunte Reihe der jungen Kämpfer mit ihren glühenden Gesichtern, erwiderte lächelnd den Gruß und fuhr vorbei. Die Vuben aber standen in dicken Häuten beisammen und redeten eifrig aufeinander ein. Sie waren nicht wenig stolz,

daß der Großherzog freundlich gegen sie gewesen war und sie begrüßt hatte, wie richtige Soldaten.

2. Die Mädchen (besonders rüchzig). In einem schönen Frühlingsmorgen machte eine Karlsruher Mädchenklasse einen Ausflug nach Baden. Dort ging es gleich hinauf zum neuen Schloß, wo der Großherzog im Frühjahr und im Herbst zu wohnen pflegte.

Da bemerkte auf einmal die muntere Anna, daß gerade unter ihnen am Fuße der Mauer der Großherzog und die Großherzogin auf einer Bank saßen. Durch lustige Witze und Reigen teilte sie ihre Entdeckung den Freundinnen mit. Schnell verstummte das frohe Geklapper, und leise, leise drängten sich alle an die Prüfung, das geliebte Fürstinnenpaar zu sehen. Da glitt auf einmal unserer Anna der Hut aus der Hand und fiel gerade auf den Großherzog hinab. Das war ein Schreckens! Alle standen starr. Der Anna quollen die dicken Tränen aus den Augen. Was wird nun geschehen? Wird sie gerufen und gestraft werden? So fragte sie bang. Jedenfalls mußte sie ohne Hut nach Hause; denn hinuntergehen und ihn holen, das konnte sie doch nicht!

Aber ihr alter Lehrer tröstete sie, nahm sie bei der Hand, und führte sie hinab. Der Großherzog kam ihnen lächelnd entgegen und gab dem beschämten Mädchen seinen Hut zurück. Dann unterließ er sich freundlich mit dem Lehrer.

Als die Kinder am Abend nach Hause kamen, da hatten sie gar viel zu erzählen von der schönen Stadt Baden mit ihren hohen Bergen und heißen Quellen, mehr aber noch von dem Landesvater und der Landesmutter, ihrem schönen Schloß und dem guten Kaffee und Kuchen.

Wir denken, das genügt, um die Oeffentlichkeit auf einen unhaltbaren Zustand hinzuweisen. Es ist nur möglich geworden, weil die Aufsichtsbehörde verlagte. Wir protestieren dagegen, daß heute noch berartige alte Hurrahschmäler als Lese- und Lernstoff in der Schule verwendet werden. Auf gestern Freitag, 13. Jan. 1922 mußten die Kinder der eingangs erwähnten Klasse das Lesebuch Nr. 24 „Der deutsch-französische Krieg 1870/71“ auswendig lernen, zu dessen Aufwärmung jetzt wärdlich die denkbare unpassendste Zeit ist. Es ist dem Unterrichtsministerium ein Leichtes, das nachzuprüfen und gegen den Standal einzuschreiten. Wir denken die Kriegsfolgen haben die Menschheit zur Genüge darauf hingewiesen, daß wir uns geistig umstellen müssen, umstellen nach der Richtung des absoluten Friedenswillens hin. Der Geist, der aus dem Buche spricht, will das Gegenteil. Er ist der gleiche, den die französischen Republikaner in der Schule propagierten und dessen Auswirkung wir heute so schmerzhaft zu tragen haben. Und dieser Geist ist es, dem wir letzten Endes unser nationales Unglück verdanken.

Badische Politik

Oberregierungsrat Dr. Mucke im Lichte seiner Fachgenossen

Die deutsch-nationale Seite gegen die Berufung des Reichspräsidenten Genossen Dr. Mucke zum Oberregierungsrat im Ministerium des Kultus und Unterrichts wird in ihrer reinsten Demagogie aufgedeckt durch eine Zuschrift der „Heidelberger Neuesten Nachrichten“ aus Lehrerbüchlein, in der es u. a. heißt:

„Nachdem nun Dr. Mucke ins Ministerium berufen ist, dürfte für den badischen Lehrerbereich die Angelegenheit der Nachfolge Mübels erledigt sein. Er hätte sich aber unter keinen Umständen zurückerufen lassen können, wenn ein Nichtschwann, dessen Name in Lehrkreisen genannt wurde, der Nachfolger Mübels geworden wäre, gleichviel, ob dieser zur Führung des Volksschulwesens und des Volkshochschulwesens schon viel beigetragen hat. Immerhin weiß die badische Lehrerschaft, daß Dr. Mucke durch seine mehrjährige Tätigkeit als Volksschullehrer in Mannheim, als Professor am Lehrerseminar in Heidelberg sowie auch als Kreisinspektor in Mosbach und Mannheim für die Stellung geeignet ist, die er jetzt einnimmt. Er hat den Lehrern der Volksschule viele Proben seines tadelmännischen Wissens und Könnens gegeben. Manches hilfreiche Ratschlein ist in ihren Händen. Auch brachten die Lehrer ihm viel Vertrauen entgegen, weil er als früherer Lehrer immer Verständnis für ihren Beruf und ihre Arbeit zeigte, und ihnen, wie weiter oben schon angeführt, ratend und helfend in beruflicher Hinsicht zur Seite stand.“

Damit dürfte sich jede weitere Äußerung über Grund und Abicht der deutsch-nationalen Seite gegen Muckes Berufung erübrigen.

Beamtenum und Politik

Es wird uns geschrieben:

Wie zahlreiche andere Teile unseres Volkes übersehen auch die Beamten leider nur zu sehr die Zusammenhänge zwischen ihrer Lage und den politischen Vorgängen. Aus alldieser Stimmungsmache, traditionellen Funktionierungen, manchmal sogar aus Standesdünkel heraus, laufen viele Beamten den reaktionären Parteien nach, ohne sich mit logischer Konsequenz klar zu werden, daß diese nicht nur unser heutiges Elend verschuldet haben, sondern auch ihrer Art nach nie und nimmer die wahren Interessen des freien Staats- oder sonstigen Beamten, sondern vielmehr die Interessen der Beamten selbst, sind. Es ist dies keine neue Tatsache, sondern eine sehr alte Erscheinung, der bereits der verstorbene Abg. Genosse Wilhelm Klob im Landtag 1914 folgenden bezeichnenden Ausdruck verlieh:

„Ein großer Teil der Beamten macht einen großen Fehler, indem er die Beamtenpolitik ganz trennt von den übrigen politischen Fragen. Mit Recht ist darum in weiten Schichten der Bevölkerung ein gewisser Unwille hervorgerufen, daß man bei den Beamten nichts hört als Gehaltstaktik, daß sie sich für die übrigen Fragen der Politik nicht in dem Maße interessieren, wie es notwendig wäre. Man kann die Beamtenpolitik nicht von den übrigen politischen Fragen loslösen; das hängt alles zusammen. Das muß doch auch der Beamte begreifen, daß dieses Sachen im Zusammenhang betrachtet werden müssen und nicht voneinander losgelöst werden können.“

Wenn sich auch die Dinge seit den Tagen Kolbs verändert haben, so gilt doch für große Teile der Beamtenchaft auch heute noch der Mangel an Ueberblick der Zusammenhänge zwischen Politik und Beamtenlage, so daß man auch jetzt noch den Beamten tieferes Verständnis in die historischen Zusammenhänge wünschen muß.

Schweidener Kanalverein

Letzten Donnerstag wurde in Mannheim die Landesgruppe Baden des Schweidener Kanalvereins gebildet. Zum Vorsitzenden der Landesgruppe wurde Direktor Kern von der Oberbahninspektoren Eisenbahn-Gesellschaft gewählt, der in einer Ansprache mitteilte, zum Kanalbau bis Plochingen stünden 750 Millionen Mark zur Verfügung. Davon entfallen auf die beiden Stufenbau Heutenheim und Schwabenheimerhof, die bis 1925 fertiggestellt sein werden, 280 Millionen und auf die in Württemberg liegenden, zuerst in Angriff zu nehmenden Werke, die schon 1923/24 fertig werden, 350 Millionen. Der weitere Bau wird dann neues Kapital in Anspruch nehmen müssen, aber auch bereits wesentlich aus dem Ertrag der Kraftwerke finanziert werden. Im April ds. J. werden die Arbeiten an den Kraftwerken auf der ganzen Reichsstrecke voll im Gange sein. In der Frage des Schweidener Kanalvereins wird noch eine Sachverständigenkommission zusammengetreten, die die Angemessenheit nach allen Gesichtspunkten der Technik und der Wirtschaftlichkeit und der Natur zu prüfen hat.

Gewerkschaftliches

Der Streik in der Schwarzwald-Altenindustrie ist nun zur Totfahne geworden. Er hat auf alle größeren Plätze wie Schramberg, Schwenningen, Furtwangen, Wellingen, Triberg, St. Georgen, Börsenbach und einige kleine Orte übergriffen. Die Zahl der Ausständigen beträgt rund 43.500.

Verhandlungen im Holzgewerbe gescheitert

Die Nachrichtenbüros melden, sind die Verhandlungen wegen Erneuerung des am 15. Januar ds. J. zum Ablauf kommenden Lohnabkommens für die Holzindustrie in Württemberg, Baden und Hohenzollern gescheitert.

Geriichtszeitung

Schwurgericht Karlsruhe

Der Bürgermeister von Ottenau vor den Geschworenen

Wegen Amtsuntergeschlagens, Unterdrückung von Briefen und Urkundenfälschung

haten sich heute vor dem hiesigen Schwurgericht der am 30. Juli 1889 geborene Postagent, Bürgermeister und Holzhändler von Ottenau, Jakob Striebig von Ottenau, und dessen Schwägerin, die am 28. April 1893 geborene selbsterwerbende Postagentin Emma Striebigmann aus Ottenau zu verurteilen. Striebig hatte i. Zt. in der Zeit vom Januar bis Oktober vor. J. S. Gelder, die von der Gemeinde Ottenau für Postboten-Fremden einbezahlt wurden, unterschlagen und die Gelder angelegentlich seiner finanziellen Notlage für sich verwandt. Der Betrag stellte sich auf insgesamt 165 000 M. Verhängene Beträge hatte er wieder in die Postkasse zurückgeführt, sodas noch ein Betrag von rund 84 000 M. ungedeckt blieb. Die Betr. Postkarten wurden auf der Post zurückgehalten und später teilweise, mit geändertem Datum, weitergegeben. Die Daten wurden von der Postmann die seit dem Tode seiner Frau den Passabill des Angeklagten führte und auch zum größten Teile die Postgeschäfte erledigt, geändert. Auch eine Postkarte, die verloren ging, wurde durch eine neue „erjeht“.

Die Geschworenen sprachen die Angeklagten unter Jubilung mildernder Umstände schuldig, worauf das Gericht den Striebig zu 2 Jahren Gefängnis und die Striebigmann zu 3 Monaten Gefängnis abzüglich 6 Wochen bzw. 4 Wochen Untersuchungshaft verurteilte.

Kleine badische Chronik

1. Malsch, 12. Jan. Unter Bericht über die Weihnachtsfeier des Arbeitervereins, wobei wir das Verhalten des Herrn Pfarrers dem Verein gegenüber einer Kritik unterzogen, hat den Pfarrer arg in Dornisch gebohrt. Letzten Sonntag dankte er in seiner Predigt den Vereinen, die ihre Weihnachtsfeier wegen der Mission verlegt hatten, und dann zog er über den bösen Arbeiterverein wieder her. Was die Verlegung der bürgerlichen Vereins-Weihnachtsfeier betrifft, so möge sich der Herr Pfarrer nach dem wahren Grunde der Verlegung erkundigen. Wir lassen uns zur Hurrerei nicht herbei, wie andere. Was die feinerzeitige Kritik des Wertungsfindens in Karlsruhe betrifft wegen der Streichung des Wortes „Gottes“, so muß gesagt sein, daß eine Kritik nicht zu dem Zwecke verfaßt wurde, wie ihn jetzt Herr Pfarrer Berberich anschlachtet; das befähigen die beiden Herren Kritiker recht gerne. Uebrigens meinen wir, daß gerade jene Leute oft nicht so sehr religiös sind, die bei jeder Gelegenheit das Wort Gott im Munde führen. Wenn der Herr Pfarrer glaubt, wir wären bei Nennung seines Namens ihm persönlich zu nahe getreten, so müssen wir schon sagen, daß es eben nur so aus dem Walde herauschallt, wie man hineinruft und daß seine Empfindlichkeit wirklich nicht am Platze ist. Herr Berberich irrt, wenn er glaubt, wir wären nur der Amboß, auf dem er nach Belieben herum hämmern könne. Wenn er den Kampf will, so kann er ihn haben. Er soll sich aber dann nicht beklagen, wenn er ins Gedränge kommt.

4. Sulzburg, 14. Jan. Bei den Langholzsubmissionen vom 4. Januar wurden die neuesten Höchstpreise mit 285 Prozent, am 10. Januar mit 260 Prozent überboten. Den Zuschlag erhielt im ersten Fall eine auswärtige Firma, bei der zweiten Submission ein einheimischerbieter.

4. Emmenbühl, 14. Jan. Gestern abend wurde li. „Freisig. Nacht“ die Frau des Zimmermanns Scherba an ihrer Wohnung von zwei Stralben überfallen, geprügelt und zu Boden geschlagen. Vermutlich hatten es die beiden, die vor dem herbeieilenden Herrn der Heberfallenen die Flucht ergriffen auf Geld oder Geldeswert abgesehen.

Freiburg, 14. Jan.

Ein aus Norddeutschland gebürtiger Beivalangehender gab in der städtischen Festhalle während einer Veranstaltung auf einen auswärtigen Bizarrenhändler einen scharfen Revolverknall ab. Die Kugel ging daneben, da ein Dritter dem Revolverbesitzer den Arm mit der Waffe zur Seite schlug. Die Ursache der Gegerneischaft der beiden verheirateten Männer sind die Beziehungen zu einer geschiedenen Frau. Der leidenschaftliche Schüsse sieht seiner Verhaftung entgegen, auch ist ihm der feilher innegehabte Waffenbesitz für dauernd entzogen worden.

St. Georgen (Schwarzwald), 14. Jan. (Eisenbahnunfall.) Der Billinger Arbeiterzug hatte gestern einen Unfall, indem ein Wagen entgleiste, wodurch beide Gleise gesperrt wurden. Der von hier kommene abgehende Personenzug konnte nicht einfahren. Der Verkehr mußte durch Lastwagen aufrechterhalten werden. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden, auch dürfte, wie man hört, der Sachschaden nicht allzu bedeutend sein.

Freienweiler b. Neustadt, 14. Jan. Ein feikamer Unfall. Dieser Tage sollte hier eine Verladung stattfinden. In der feilgeheften Zeit konnte die Ladung aber nicht eingefahrt werden, da der Satz noch nicht eingetroffen war. Der sogenannte Höchschreiner wurde deshalb aufgeführt, aber schon unterwegs fand man ihn, einen bereits 70 Jahre alten Mann, in einem Grab liegen. Der Satz samt dem Bodschitten, worauf er transportiert worden war, lag über dem Unglücklichen. Der Schreiner hatte offenbar an der Dunkelheit den Weg verloren, dann fürzte im Hallen Satz und Schitten über ihn. Aus dieser für den alten Mann bedentlichen Lage konnte er sich dann trotz aller Anstrengungen nicht mehr retten. Drei Stunden war er so gelegen, ehe man ihn fand. Der Schreiner ist nun an einer Lungenerkrankung schwer erkrankt.

Mord auf der Bahnstrecke Heidelberg-Jagstfeld

M. Heidelberg, 14. Jan. Am Bahnwärterhaus 13 zwischen Steinfurt und Grombach, auf der Strecke Heidelberg bis Jagstfeld, wurde in vergangener Nacht der Bahnwart W a n n e r ermordet. Man fand ihn in seiner Wohnung erschossen auf sein Sohn war schwer verletzt. Man nimmt an, daß Kaufmann vorliegt. Als Täter kommen zwei junge Burschen in Frage, von denen der eine 17 Jahre alt sein dürfte, einen abgetragenen Mantel trug und eine Militärärmel auf hatte. Der andere ist ein anfangs der 20er Jahre stehender Mann, der einen großen Schlapphut trug. Mit den Gerichtsbehörden hat sich auch der Gerichtsdemister Dr. Popp aus Frankfurt a. M. zur Tatstelle begeben.

Wie weitere Nachrichten besagen, sind die Täter am Freitag abend gegen 1/9 Uhr durch die Fenster in die Wohnung des Bahnwarts Wanner eingestiegen und haben mehrere Schüsse abgefeuert. Der 35jährige Bahnwart Wanner erhielt dabei einen Schuß in die Brust, der die Herzschlagader verletzete und den alsbaldigen Tod herbeiführte. Der 17jährige Sohn wurde nur leicht verletzt, während die Frau des Bahnwarts nach dem ersten Schuß sich unter den Tisch verlock und so unbeschadet blieb. Gegen 11 Uhr nachts kam ein Mann an dem einjam gelegenen Bahnwärterhäuschen vorbei und bemerkte, daß der Schuppen in Flammen stand, den die Mörder wahrscheinlich angezündet hatten, um ihre Tat zu verdecken. Als der Mann die Bahnwärterleute wecken wollte, hörte er Silferufe und fand in der Wohnung den Bahnwart tot, den Sohn verletzt und die Frau in höchster Angst vor. Die sofort benachrichtigte Feuerwehr von Steinfurt löschte den Brand.

Hautröte - sollte alle Arten von Hautunreinigkeiten, Hautausschlägen, wie Blüthen, Milchsauer, Finnen, Pickeln, Pusteln etc. verschwunden durch Hgl. Gebrauch Lechten

Indenperd Feerswofel, Feit von Bergmann & Co., Raddeben, überall zu haben.

p. Teppichdiebstahl. Am Freitag abend wurden aus einer Villa in der Jagdstraße hier drei Gebetsstühle im Werte von 90 000 M. entwendet.

Am gleichen Tage wurden aus einer Villa in der Magdalenstraße zwei weitere Teppiche, einer von dunkelbrauner, einer von hellbrauner Farbe, von einem unbekannten Täter entwendet.

p. Freiwillich sich der Polizei gestellt hat sich ein Kaufmann aus Durlach, der 20 000 M. unterschlagen hat.

Baluta-Bericht vom 14. Januar

Die Welt notierte heute in der Schweiz circa 2.50 Gls. Auszahlung Holland notierte circa 69.85 M. der holl. Guld.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 16. Januar

Ueber die belästigenden Insekten ist ein neues Tiefdruckgebiet erschienen, das sich östwärts ausbreitet und heute wieder Teufung und Schneefälle bringt.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund

Letzte Nachrichten

Erhöhung der Güter- und Tierartise

21. Berlin, 14. Jan. In der gestrigen Sitzung des vorläufigen Reichseisenbahnrats ist die Vorlage, der deutschen Reichsbahnen auf Erhöhung des Eisenbahngüter- und Tierartise angenommen worden.

Eine internationale Kundgebung in Berlin

21. Berlin, 15. Jan. Die Bezirksgruppe der I.S.P.D. veranstaltete heute eine internationale Kundgebung für die Verdringung des Imperialismus und gegen den Weltfrieden.

Eine Rede Poincares

21. Paris, 16. Jan. Poincaré, der Führer der Union der Republik sagte in einer politischen Rede, daß alle Welt einig sei, daß Frankreich die Reparationen erlangen muß.

währleistet werden. Die andere Politik besteht darin, die Einnahme unter den Alliierten aufrechtzuerhalten und den Frieden herzustellen.

Eine Finanzaktion der Reichsbank

21. Berlin, 15. Jan. Ein Gesetzentwurf betreffend den Kassenbestand der Reichsbank ist am Donnerstag vom Reichsrat angenommen worden.

Schriftleitung Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefachliches, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Verlobungs-Geschenke in praktischen Haushalt-Artikeln. Luxuswaren. Lederwaren. Leop. Wohlschlegel 173 Kaiserstrasse 173.

Residenz-Lichtspiele Waldstraße 30 Telefon 5111 Nur noch heute und morgen! Die Abenteurerin v. Monte Carlo Marokkanische Nächte

Die Inventur-Ausverkauf übrig gebliebenen Restbestände in Wintermäntel, Kostüme, Kleider, Röcke, Blusen sind nochmals im Preise herabgesetzt Daniels Konfektionshaus Karlsruhe

Bildungsanstalt der Sozialdemokratischen Partei Karlsruhe Mittwoch, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im „Elefanten“, Kaiserstraße 42. Vortrag des Gen. Heine Harpuder

Colosseum Ab Heute Der neue sensationelle Varieté-Spielplan Näheres an den Anschlagstulen. Anfang 8 Uhr! Tächtiger Mechaniker zur Herstellung kleiner, eiserner Lehr-Modelle sofort gesucht.

Kombiniertes rationelles Heilverfahren Homöopathie * Magnetismus * Naturheilkunde Bekannt für Spezialbehandlung alter, chronischer langjähriger Leiden. - 15jährige Praxis. Karl Teschke * Karlsruhe

Nach längerer Assistententätigkeit an Heidelberger und hiesigen Krankenhäusern, habe ich mich hier als prakt. Arzt niedergelassen. Dr. med. Rob. Schwank

Bad. Landestheater. Montag, den 16. Januar 7 1/2 - 9 Uhr, Mk. 15. Th. Gem. B. V. B. Nr. 2601-3100. IL literarische Abenda-Fest: Rokoko (Alt Leipzig).

Beleidigungs-Zurücknahme. Die Unterzeichneten nehmen die gegen den Schmeißer Leo Stettel von hier gemachten Aussagen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück.

Bruchleidende Sie quälen sich unnötig! Benutzen Sie kein drückendes Feder- oder nutzloses Gummiband mehr! Ich biete Ihnen das bewährteste Band, das den Bruch von unten herauf zurückhält.

Partie-Haus Eleg. Damen-Stiefel Mk. 98 bis 198 Eleg. D. Halbschuhe Mk. 94 bis 148 Herren-Stiefel Mk. 130 bis 235

Gänselebern taugt fortwährend zu höchsten Tagespreisen. G. Weiser, Mühlburg, Gorbstraße 11. Blane Arbeits-Muzige Drück-Anzüge, Fräse, Arbeitshosen, fedrige Tuchhosen, gefreite Westen

Gasthaus z. Schweiz Ecke Wilhelm- und Winterstr. Dienstag Grosses Schlachtfest Benny Frederich 2914 Karl Diebold, Geschäftsführer.

Bestecke, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenkartikel u. s. w. empfiehlt in großer Auswahl Karl Hummel, Werberstr. 13

Levy An- und Verkaufsgeschäft Markgrafstr. 22 Telefon 2015, 7908. Einjäh. Holzbettst. mit Holz u. 1 Paar led. Halb-schuhe Gr. 40 zu verkaufen

Herren-Fahrrad gebrauchtes, gut erhaltenes zu kaufen gesucht. Angebote unter E. M. an das Volksfreundbüro erb. Von Versailles bis London

Ansichtskarten Briefpostulare in guter Auswahl. Volksbuchhandlung Adlerstr. 16. Tel. 3701.

Gasstube z. Schweiz Ecke Wilhelm- und Winterstr. Dienstag Grosses Schlachtfest Benny Frederich 2914 Karl Diebold, Geschäftsführer.

ECHE Walthorius Hienlong - Essenz extraktartig m. feinst. Krist. dest. u. Zus. v. 248. 01. 12 Fl. Mk. 25. - bei 50 Fl. 1.75. - fr. u. inkl. Herst. Lab. E. Walther, Halle S. - Trotha 164.

Ansichtskarten Briefpostulare in guter Auswahl. Volksbuchhandlung Adlerstr. 16. Tel. 3701.

Bruchsaler Anzeigen. Die Stelle der Gehilfin bei der weiblichen Abteilung ist ab sofort neu zu besetzen. Geeignete Bewerberinnen mit Erfahrungen in der Kreisvermittlung, guten Kenntnissen in Stenografie und Maschinenschriften, wollen sich unter Vorlage von Zeugnissen sofort melden.

